



DRINGLICHES POSTULAT

Urheber	neo - Die sozialliberale Mitte, durch Gerhard Kiechler, Marie-Claude Schöpfer-Pfaffen, Melanie Burgener und Marco Wenger
Gegenstand	Information der Bevölkerung in Not- und Krisenzeiten
Datum	04/05/2025
Nummer	2025.05.103

Aktualität des Ereignisses

Anlässlich der Unwetter vom April 2025 trat der Fall ein, dass sowohl die Stromversorgung als auch das Mobilfunknetz und Polycom ausfielen. Es war den Behörden nicht mehr möglich, die Bevölkerung zu informieren. Bei gravierenden Notfällen konnten die Menschen in an abgeschnittenen Gemeinden nicht mehr mit den zuständigen Diensten Kontakt aufnehmen.

Unvorhersehbarkeit

Es war nicht vorauszusehen, dass gleichzeitig, das heisst in einem relativen kurzen Intervall von wenigen Stunden mehrere Kanäle der Grundversorgung, die sicherstellen, dass die Behörden mit der Bevölkerung kommunizieren können, komplett ausfallen. In der Folge waren ganze Dörfer von der Aussenwelt abgeschnitten.

Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme

Die Digitalisierung hält in allen Bereichen unseres Lebens Einzug. Neben anderen strukturiert sie auch die Umstände und Kanäle unserer Kommunikation grundlegend um. Bewährte Instrumente werden infolgedessen aufgegeben, ohne dass verlässliche neue Optionen für Krisenfälle und -zeiten mitgedacht wurden und werden. Es gilt daher das entsprechende Dispositiv in Abgleichung der zur Verfügung stehenden Mittel und Ressourcen auf allen Ebenen des politischen Systems und der Krisenstände den Umständen des digitalen Zeitalters gemäss zu überarbeiten sprich neu zu schaffen. Werden keine übergreifenden, kantonale koordinierten Massnahmen ergriffen, besteht die Gefahr, dass beim nächsten Unwetter Menschen in Notsituationen zu Schaden kommen werden, weil keine Hilfe gerufen werden kann.

Nach den Starkniederschlägen von Anfang April 2019 im Goms wie auch beim flächendeckenden Unwetter-Ereignis im Kanton Wallis vom April 2025 kam es regional und lokal zu längeren Ausfällen der Stromversorgung. Gleichzeitig respektive um nur wenige Stunden zeitversetzt, sind auch das Mobilfunknetz und Polycom ausgefallen.

Bis Ende 2026 werden sämtliche Radiostationen ihren analogen Empfang über UKW ab- und auf DAB (digitale Radioempfänger) umschalten. Damit die Übertragung im Fall der digitalen Sender funktioniert, muss sowohl beim Sendemast als auch beim Empfänger eine sicherer Stromanschluss respektive die Versorgung mit Notstrom sichergestellt sein.

Spätestens ab Januar 2027 wird es daher bei einem längeren Stromausfall nicht mehr möglich sein, die Bevölkerung zu informieren, was eine enorme Herausforderung für die Krisenkommunikation der Behörden

und der Krisenstäbe darstellen. Denn auch die Notfalltreffpunkte werden keine Kontakte mehr nach aussen herstellen können, weshalb sie ihrer Zweckbestimmung verlustig gehen, werden nicht geeignete Gegenmassnahmen in die Wege geleitet werden. Werden keine übergreifenden, kantonale koordinierten Massnahmen ergriffen, besteht die Gefahr, dass beim nächsten Unwetter Menschen in Notsituationen zu Schaden kommen werden, weil keine Hilfe gerufen werden kann.

Schlussfolgerung

Wir fordern den Staatsrat auf, in Zusammenarbeit mit den Gemeinden geeignete Massnahmen in die Wege zu leiten, die in Krisen- und Katastrophenfällen auch künftig die Information der Bevölkerung sicherstellen und das reibungslose Funktionieren von Notkommunikationskanälen garantieren wird. Es gilt daher, das entsprechende Dispositiv in Abgleichung der zur Verfügung stehenden Mittel und Ressourcen auf allen Ebenen des politischen Systems und der Krisenstände den Umständen des digitalen Zeitalters gemäss zu überarbeiten sprich neu zu schaffen.